

Meine Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,

Es wird sie sicherlich nicht überraschen, wenn meine Fraktion dieser Resolution nicht zustimmen wird.

Sie schreiben:

„Wir erwarten die Schaffung eines rechtssicheren Rahmens für die optimale Betreuung der Arbeitssuchenden und ihrer Familien vor Ort. Oberstes Ziel muss weiterhin die Integration in Arbeit und die Unabhängigkeit von staatlicher Leistung sein“

Ein rechtssicherer Rahmen, das ist ja wohl das Mindeste was von einer Gesetzgebung verlangt werden kann.

Nur ihre Kolleginnen und Kollegen im Bundestag bekommen das ja oft nicht hin.

Oder wie sonst ist zu erklären, dass das Bundesverfassungsgericht Reihenweise beschlossene Gesetze kippt?

Optimale Betreuung fordern sie für die Betroffenen ein.

Hier gehen die Bewertungen deutlich auseinander.

Sie sind der Ansicht die Arbeit des KJC ist optimal

Meine Fraktion und ich sind anderer Ansicht

Wir schließen uns den Bewertungen vieler Betroffenen und von Erwerbslosenorganisationen an,

die den Kompromiss zu den Jobcentern und Optionskommunen kritisieren.

Martin Behrsig vom Erwerbslosenforum Deutschland sagt:

„Für Erwerbslose sind Optionskommunen ein Alptraum.

Optionskommunen können sich quasi in einem rechtsfreien Raum bewegen, da sich die betroffenen Erwerbslosen nicht auf bundeseinheitliche Rechtsauffassungen verlassen können.“ Zitat Ende

Ich gehe nicht so weit zu sagen, dass im KJC ein rechtsfreier Raum herrscht,

aber sie sollten ernsthaft darüber nachdenken, ob es nicht an der Zeit ist, im KJC Dienstanweisungen zu erstellen, die eine einheitliche Regelung unabhängig von der Person des Fallmanagers oder der Fallmanagerin gewährleisten.

Meine Damen und Herren von der Koalition, sie schreiben weiter:

Unser Landkreis gestaltet als sogenannte Optionskommune diesen Eingliederungsprozess maßgeblich und sehr erfolgreich.

Sagen Sie, lesen sie eigentlich die Sachstandsberichte des KJC?

Dort steht schwarz auf weiß, dass sich die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen seit 2005 kaum geändert hat.

Ich jedenfalls kann aus diesen Berichten nicht erkennen,

dass in den vergangenen Jahren die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen signifikant zurückgegangen wäre,

Seit 2005 sind es immer etwas mehr als 10.000 Personen

Zudem ist den Sachstandsberichten zu entnehmen:

die Zahl der Menschen die trotz eines Arbeitsplatzes Hilfe benötigen, die sogenannten Aufstocker

Diese Zahl ist ständig gestiegen.

Was verstehen Sie unter erfolgreicher Integration in Arbeit?

Die Beschäftigung in einer Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung, die sogenannten Ein-Euro-Jobs?

Selbst das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit stellt Arbeitsgelegenheiten kein tolles Zeugnis aus.

Dort wird sogar daraufhingewiesen, dass ein Ein-Euro-Job die Vermittlung in Arbeit erschwert.

Sie können das gerne im IAB-Kurzbericht 4/2010 nachlesen.

In der Resolution heißt es dann weiter, dass sie eine Bundesaufsicht ablehnen.

Ich zitiere: „Die Bundesaufsicht würde außerdem die Stärke der Option, die gerade in der flexiblen und passgenauen Hilfe abgestimmt auf die Verhältnisse vor Ort liegt, ohne Not einschränken.“

Meine Damen und Herren, ich kann das Gerede von der flexiblen und passgenauen Hilfe nicht mehr hören.

Es ist ein schöner Textbaustein, hat mit der Realität im KJC aber in den allermeisten Fällen nichts zu tun.

Einige Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit.

Eine Schülerin der zwölften Klasse eines Marburger Gymnasiums wird zu einer Veranstaltung eingeladen, in der über Ausbildungsberufe informiert wird,

mit dem Hinweis, dass die Vermittlung in Ausbildung das wichtigste Ziel des KJC sei.

Bei Nichtteilnahme wird eine Sanktion in Form einer 10%igen Leistungskürzung angedroht.

Die Schülerin hat jedoch weder vor, im Sommer von der Schule zu gehen, sondern will in 2011 Abitur machen.

Sie hat auch nicht vor, eine Lehre anzutreten sondern will Kunst und Architektur studieren.

Und die Versetzung und das Abitur sind auch nicht gefährdet.

ist das flexibel und passgenau?

Ein weiteres Beispiel:

Alleinerziehende Mutter einer dreijährigen Tochter wird vom KJC betreut. Vorher war die junge Frau in Elternzeit. Sie ist gelernte Hotelfachfrau. Da weder Opa noch Oma noch jemand anderes das kleine Kind betreuen kann, ist eine Tätigkeit im Hotel- und Gastgewerbe oder auch im Veranstaltungsgewerbe zur Zeit nicht möglich.

Die junge Frau bittet den Fallmanager um Weiterbildung, damit aufbauend auf ihren Kenntnissen, eine Tätigkeit gefunden werden kann, die sich mit der Kinderbetreuung vereinbaren lässt.

Das KJC lehnt Weiterbildung ab. Statt dessen durchläuft die junge Frau eine Aktivierungsmaßnahme nach der anderen.

Diese Frau braucht nicht aktiviert zu werden, sie ist aktiv. Sie will arbeiten. Nur ist Kinderbetreuung und Hotel- und Gastgewerbe eben nicht unter einen Hut zu bringen.

Die Liste lässt sich beliebig verlängern.

Da ist der Fallmanager der erst im vierten Beratungsgespräch merkt, dass der Betroffene Abitur hat,

oder die Fallmanagerin, die übersieht, dass der Betroffenen in der Zeit des Hartz-IV-Bezugs eine zusätzliche berufliche Qualifikation erworben hat,

Oder der Fallmanager, der den Betroffenen partout in eine Aktivierungsmaßnahme verfrachten will, aber für die angestrebte Selbständigkeit keinen Finger rührt.

Das ist alles nicht flexibel und passgenau. Das ist einfach Mist.

Damit hier keine Missverständnisse entstehen:

Diese Ausführungen richten sich nicht gegen die Mitarbeiter des KJC.

Die können nichts dafür, wenn es keine Arbeitsplätze gibt, in die sie vermitteln sollen.

Die können nichts dafür, wenn sie die Vorgaben der Leitung umsetzen müssen

Die können auch nichts dafür, wenn es keine einheitlichen Dienstvorschriften gibt.

Und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können auch nichts dafür, wenn sie nur befristete Arbeitsverträge erhalten.

Die Verantwortung dafür, dass immer wieder so getan wird,

dass der einzelne Erwerbslose an seiner Lage selbst Schuld sei und dass er sich nur genügend anstrengen müsse,

dann werde alles gut und dann kommt der existenzsichernde Arbeitsplatz

Meine Damen und Herren das ist die Lebenslüge des KJC und die Lebenslüge der politisch für das KJC Verantwortlichen.

Ich komme zum Schluss:

Ihrem letzten Satz in der Resolution:

„Die Arbeitssuchenden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen haben ein Recht auch Klarheit und Sicherheit“

Diesem Satz stimmen wir uneingeschränkt zu.

Aber das reicht nicht, um der Resolution insgesamt zuzustimmen.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit